

Offene Fragen der Geschichte Band 7

Chronik von 1946 bis 1951

Vertreibung der Deutschen
aus Ost-Mitteleuropa,
Hungertod nach dem Zweiten Weltkrieg,
Demontagen und Reparationen,
Entnazifizierung und Umerziehung,
Unerwünschte Vertriebene,
Schwarzmarktzeit,
Marshall-Plan,
Währungsreform 1948,
Gründung der BRD und DDR,
Koreakrieg 1950-1953 ...

Band 7/013

Chronik vom 30. April 1947 bis zum 19. Juli 1947

30.04.1947

USA: Außenminister George Marshall beauftragt am 30. April 1947 den Diplomaten Georg F. Kennan, einen Ausschuß für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu bilden, um geeignete Vorschläge und Hilfsmaßnahmen zu erarbeiten ("Geburtsstunde des Marshall-Planes").

April 1947

SBZ: Das sowjetische Internierungslager Jamlitz bei Lieberose wird im April 1947 aufgelöst. Die rund 4.400 deutschen Häftlinge werden in die sowjetischen Internierungslager Buchenwald und Mühlberg transportiert.

Im sowjetischen Internierungslager Jamlitz, das vor allem wegen seiner Hungerrationen berüchtigt war, starben von September 1945 bis April 1947 ca. 5.000 deutsche Häftlinge. Etwa 1.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/74).

Der 20jährige Bernd S. berichtet im April 1947 über die Haftbedingungen im sowjetischen Internierungslager Jamlitz bei Lieberose (x126/76-79): >>Es kam vor, daß Barackenkameraden morgens nicht mehr von ihrer Pritsche aufstanden. Ich selbst hatte Dystrophie der Stufe drei, das war der höchste Abmagerungsgrad, den es gab. Ich wog noch reichlich 70 Pfund (bei einer Körpergröße von 1,75 Meter) und war so schwach, daß ich mich nach der Rückkehr von den Zählappellen mitunter am Treppengeländer hochziehen mußte, um wieder in die Baracke zu gelangen. ...

Eine weitere Ursache unsäglicher Qualen bildete das Ungeziefer. Es waren geradezu Invasionen von Wanzen, Flöhen und Läusen, die sich auf unsere ausgezehnten Körper stürzten. Flöhe und Läuse verkrochen sich in den Nähten der Bekleidung, die Wanzen im Holz der Pritschen. Es war furchtbar. Die gelegentlichen Entlausungsaktionen halfen dagegen überhaupt nicht. Ich habe erlebt, wie eine Baracke ausgegast wurde und man danach Wassereimer voll Wanzen heraustrug.

Von den allgemeinen Bedingungen her war Jamlitz von allen Lagern das schlimmste, wie wir später in Buchenwald, nachdem wir mit Häftlingen aus den anderen Lagern gesprochen hatten, übereinstimmend feststellten. ... So wie wir behandelt wurden, mußten wir annehmen:

Hier kommen wir nie wieder raus. Damit hatten sich auch alle abgefunden. ... Ich selbst hatte ebenfalls mit dem Leben abgeschlossen. Ich bin dort viele Male gestorben.

Aber einen Grundsatz wollte ich bis zuletzt beherzigen: in Ehren zu sterben. Es gab ja auch einige, die in Unehren gestorben sind, die in der Nacht ihren Kameraden das Brot stahlen, irgendwann dabei erwischt wurden und die man dann derart zurichtete, daß sie das nicht überlebt haben. Der Hunger hat einige zu Tieren gemacht.

Für das sowjetische Personal waren wir durchweg große Faschisten. Das hatte man denen eingebleut ... Alle Funktionen im Lager bekleideten Deutsche, Häftlinge wie wir.

Zu ihrer Schande muß gesagt werden, daß viele von denen, die eine solche Position bekleideten, sich uns gegenüber wie Unmenschen benommen haben, um ihre Vergünstigungen, beispielsweise ihre doppelten Essenrationen, zu sichern. ... Das ging natürlich nur auf Kosten der Allgemeinheit. ...

Wegen kleinster Vergehen gegen die Lagerordnung konnte es Essensentzug oder Schläge geben. Der deutsche Lagerkommandant in Jamlitz, Bennewitz, war ein Schläger und Halunke, ebenso sein Stellvertreter. Letzterer soll Gerüchten zufolge später in (dem sowjetischen Internierungslager) Mühlberg von Mithäftlingen in eine Fäkaliengrube gestoßen worden und darin elendig umgekommen sein. ...

Ostern 1947 wurden wir auf dem Bahnhof Jamlitz in Güterzüge verladen. Wohin die Fahrt gehen sollte, wußten wir nicht. ... Viele befürchteten, daß man uns nach Sibirien bringen würde. Aber dann standen wir auf dem Ettersberg bei Weimar vor dem schmiedeeisernen Tor des Konzentrationslagers Buchenwald und lasen darauf die zynische Inschrift "Jedem das Seine".

...<<

WBZ: Das Deutschlandproblem bereitet den Siegermächten im April 1947 weiterhin enorme Schwierigkeiten. Die Siegermächte müssen verstärkt Lebensmittel einführen, um die deutsche Bevölkerung zu ernähren und Hungerkatastrophen abzuwehren. Diese Nahrungsmittelimporte nach Deutschland belasten die Besatzungsmächte mit hohen Kosten. England und Frankreich müssen schon bald durch Nordamerika unterstützt werden, weil sie nicht in der Lage sind, diese Lebensmittellieferungen zu finanzieren.

Im Jahre 1947 gelingt es den Westalliierten trotz alledem erstmalig, Lebensmittelreserven für 2 Monate anzulegen. Ab April 1947 teilen die Alliierten regelmäßig "Schulspeisungen" (für ca. 3,5 Millionen deutsche Schulkinder) aus.

01.05.1947

Schweiz: Die Berner Zentrale der "Schweizer Spende" berichtet Anfang Mai 1947 über die westdeutschen Stationen des Hilfswerks (x117/115-116): >>... Vor allem obliegt den Deutschen die Aufgabe, sich selbst zu helfen. Das bedeutet, daß nicht nur jeder für sich selbst und seine Allernächsten Sorge, sondern für die Gesamtheit seiner Landsleute und die besonders Benachteiligten unter ihnen. ...

Wir müssen alles tun, was in unseren Kräften liegt, um die aufbauenden Kräfte der Deutschen ... zu stärken und zu ermutigen.<<

02.05.1947

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 2. Mai 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/63-65): >>2. Mai 1947. Der Frühling ist ins Land gezogen. Aber in was für ein Land - mit welchen Sorgen, Problemen, Kümernissen. Die Baracken in Friedland werden durch den Sonnenschein nicht schöner. ...

Briefe, Berge von Briefen, erreichen das Lager. Briefe, die deutsche Geschichte schreiben, ohne es zu wollen. Briefe, die von dem Elend unserer Nation zeugen. Briefe, aus denen Angst und Qual spricht. ... Briefe, ... Briefe ...

"Wir sind aus Neumarkt bei Liegnitz in Schlesien. Als wir fort mußten, verloren wir unseren vierjährigen Jungen aus den Augen und haben ihn seitdem nie wieder gesehen. Er heißt Al-

fred, hat graue Augen, ganz helles Haar, am rechten Ohr ist das Läppchen etwas eingerissen und er trug damals ein schwarzes Mäntelchen mit einer Pudelmütze. Ist das Kind vielleicht bei Ihnen? Wurde es von jemandem mitgenommen oder beobachtet? ... Wir machen uns jeden Tag die schlimmsten Vorwürfe."

Das schreiben schlesische Eltern, jetzt wohnhaft in Aurich.

Alle Briefe haben fast den gleichen Inhalt. In jedem Brief steht ein Schicksal aufgezeichnet, das Schicksal eines Menschen, der unter die Räder der großen Kriegsmaschine kam.

Jeder Brief wird von der Lagerleitung bearbeitet. Es wird gesucht, notiert, aufgeschrieben, geantwortet. Aber die meisten Briefe mit dem Absender "Flüchtlingslager Friedland/Leine" lauten etwa: "Leider konnten wir in unseren Unterlagen von dem von Ihnen Gesuchten nichts feststellen."<<

03.05.1947

Großbritannien: Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" kritisiert am 3. Mai 1947 in einem Leitartikel noch einmal die "historische Ausstellung" über die polnischen Westgebiete (x028/187): >>... Die Polen wären gut beraten, in ihrem eigenen Interesse das Gerede vom mittelalterlichen slawischen Szczezin (das für die meisten Englisch Sprechenden immer noch Stettin heißt) fallenzulassen und ihre Sache, wie sie nun einmal geworden ist, auf dem Handel beruhen lassen, der nun wirklich durch das politische Tauziehen der Großmächte 1945 zustandekam und von Ethnographie so weit entfernt ist, wie von historischer oder irgendeiner anderen Gerechtigkeit. ...<<

06.05.1947

Italien: Generalfeldmarschall Albert Kesselring (1885-1960, ab 1943 deutscher Oberbefehlshaber im Mittelmeerraum) wird vor allem wegen der Erschießung von 335 italienischen Geiseln in den Fosse Ardeatine (Tuffsteinhöhlen, südlicher Stadtrand von Rom) am 6. Mai 1947 durch ein britisches Militärgericht in Venedig zum Tod verurteilt (x111/313).

Kesselring wird jedoch später begnadigt und 1952 aus der Haft entlassen.

08.05.1947

SBZ: In Sachsen und in anderen SBZ-Ländern werden am 8. Mai 1947 sämtliche Bergwerke enteignet.

Berlin: Der Rundfunk im britischen Sektor Berlins berichtet am 8. Mai 1947 (x111/314): >>Auf Anordnung der britischen Militärregierung werden alle auf kulturellem Gebiet tätigen Deutschen im britischen Sektor Berlins und in der britischen Zone in der nächsten Zeit Eintragungszertifikate und politische Bescheinigungen erhalten.

Wer in Berlin nach dem 15. Juli und in der britischen Zone nach dem 31. Juli 1947 ein derartiges Zertifikat nicht besitzt, darf sich auf kulturellem Gebiet nicht mehr betätigen.

Die Zertifikate werden u.a. an alle Verleger, Herausgeber, Hauptschriftleiter und Schriftleiter, Intendanten und Regisseure, Dramaturgen, Dirigenten und Schauspieler ausgegeben und gelten in allen vier Zonen Deutschlands als Unbedenklichkeitszeugnis.

Lizenzträger, die nach dem 31. Juli 1947 Personen ohne Zertifikat beschäftigen, verlieren ihre Lizenz.<<

WBZ: Der deutsche Journalist und Schriftsteller Jan Molitor (1907-1981, eigentlich Josef Müller-Marein) schreibt am 8. Mai 1947 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" (x111/314): >>Der Mangel an Büchern, aber auch die Lesebereitschaft sind so groß, daß nur Massenauflagen helfen könnten, für die das Papier nicht vorhanden ist: Dies ist das eine Problem.

Das andere ist, daß jeder kulturelle Aufbau, und sei er auch nur in bescheidenem Maße möglich, mit dem Wunsch der "Kulturteilnehmer" verbunden ist, zumindest jene Werke der Literatur, die ihre Unvergänglichkeit durch immer wiederkehrende Aktualität beweisen, in gut gebundenen, haltbaren Exemplaren zu besitzen.<<

09.05.1947

WBZ: In Nürnberg beginnt am 9. Mai 1947 der sog. "Geisel-Prozeß" gegen 12 ehemalige deutsche Wehrmachtsoffiziere (Südost-Generäle) wegen Mißachtung aller Kriegsregeln und der Ermordung von Tausenden von Zivilisten in Jugoslawien, Albanien und Griechenland.

Der US-Militärgerichtshof klagt damals folgende deutsche Generale an (x111/314): >>Wilhelm List, Maximilian von Weichs, Wilhelm Rendulic, Walter Kuntze, Hermann Förtsch, Franz Böhme, Helmuth Felmy, Hubert Lanz, Ernst Dettner, Ernst von Leyser, Wilhelm Speidel und Kurt Ritter von Gretner.<<

Italien: Die letzten sowjetischen Kriegsgefangenen (Kosaken) werden von den Briten und Nordamerikanern am 9. Mai 1947 an die Sowjetunion ausgeliefert (Aktion "Eastwind").

USA: Außenminister Marshall informiert US-Botschafter Arthur Lane am 9. Mai 1947 über die Gründe, die zur vorläufigen Festlegung der Oder-Neiße-Linie führten (x028/184): >>... Der Präsident ist in Potsdam gezwungen gewesen, einer Regelung zuzustimmen, die ihm sehr unangenehm war.

Damals hatten ja die Russen das Territorium in der Hand. Sie hatten absichtlich den Sinn der erreichten Übereinstimmung verzerrt, doch wie die Notizen und Erklärungen der Konferenzteilnehmer klar beweisen, haben wir nicht in eine definitive Grenzziehung eingewilligt.<<

11.05.1947

WBZ: Der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens erklärt am 11. Mai 1947 vor der Presse (x111/315): >>... Ohne weitere Hilfe ist mit dem völligen Zusammenbruch der Ernährung in unseren Großstädten zu rechnen.<<

In Wuppertal erhält damals z.B. ein Normalverbraucher täglich nur noch 650 Kalorien zugeteilt (x111/315).

14.05.1947

USA: Der sowjetische Delegierte Gromyko erklärt am 14. Mai 1947 vor der UN-Vollversammlung zur geplanten Teilung Palästinas in einen unabhängigen jüdischen und einen unabhängigen arabischen Staat (x128/363): >>Die Erfahrung der Vergangenheit, insbesondere während des Zweiten Weltkrieges, zeigt, daß kein westeuropäischer Staat in der Lage war, dem jüdischen Volk in der Verteidigung seiner Rechte und bloßen Existenz vor der Gewalttätigkeit der Hitleristen und ihrer Verbündeten hinreichenden Schutz zu bieten. ...

Dies erklärt die Bestrebungen der Juden, ihren eigenen Staat zu errichten. Es wäre ungerecht, dies nicht in Betracht zu ziehen und das Recht des jüdischen Volkes auf Verwirklichung dieser Bestrebungen zu leugnen. ...

Die Vertreter der arabischen Staaten machen geltend, daß die Teilung Palästinas eine historisches Unrecht wäre, doch diese Auffassung des Falls ist unannehmbar, wenn auch nur, weil schließlich das jüdische Volk über einen ansehnlichen Zeitraum der Geschichte eng mit Palästina verbunden gewesen ist. ...

Es könnte nicht schaden, meine Zuhörer, nochmals zu erinnern, daß durch den Krieg, den Hitlerdeutschland entfachte, die Juden als Volk mehr gelitten haben als irgendein anderes Volk. ...<<

Der ehemalige deutsche Generalmajor Jochen Löser (1918-2001) berichtet später über die geplante Teilung Palästinas (x099/178): >>... England konnte es sich weder wirtschaftlich noch angesichts der kriegsmüden britischen Volksstimmung erlauben, ein großes Truppenkontingent in Palästina zu unterhalten, um Herr über den jüdischen Widerstand zu werden. Es überließ deshalb die Entscheidung über Palästina den Vereinten Nationen.

Dort ergab sich eine eigenartige Situation: Sowohl die USA als auch die Sowjetunion waren für Beendigung des britischen Mandats, für eine Teilung des Landes und die Gründung von zwei unabhängigen Staaten, einem jüdischen und einem arabischen.

Am 14. Mai 1947 hielt der russische Delegierte bei den Vereinten Nationen, Andrej Gromyko,

eine Rede zugunsten der zionistischen Bestrebungen, einen jüdischen Staat zu gründen. Diese Änderung in der sowjetischen Einstellung, die während der vorhergehenden 30 Jahre den Zionismus aufs schärfste bekämpft hatte, war zweifellos von den Ereignissen des Zweiten Weltkriegs beeinflusst. Aber nicht nur das allein; die Sowjetunion kam zur klaren Erkenntnis, daß von allen Elementen der Mittelostszene nur die jüdische Bevölkerung Palästinas und der Zionismus in der Lage waren, die Engländer aus der Region zu verdrängen und damit ein leichteres Eindringen der Sowjetunion ins Mittelmeer zu ermöglichen.

Das wurde ganz offensichtlich, als während des israelischen Befreiungskrieges von 1947/49 nur die Sowjetunion (über die Tschechoslowakei) die neugeschaffene Verteidigungsarmee Israels (IDF) mit Waffen belieferte, wogegen die westlichen Staaten ein Waffenembargo über den neugeborenen Staat Israel verhängt hatten.

Die in tschechischen Fabriken produzierten Mausergewehre, leichte Maschinengewehre vom Typ M. G. 34, Besa-Maschinengewehre und die Messerschmitt 109-Jäger waren die einzigen fabrikneuen Waffen, die dem um sein Leben kämpfenden Staat Israel zur Verfügung standen und ihm zum Siege verhalfen. ...<<

16.05.1947

Polen: Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 16. Mai 1947 einen Runderlaß betreffend die Aufteilung des Vermögens der ehemaligen deutschen Einzelgemeinden in den Wiedergewonnenen Gebieten (x003/383): >>Auf Grund des Dekrets vom 8. März 1946 über das verlassene und ehemals deutsche Vermögen ... geht das Vermögen der ehemaligen deutschen Einzelgemeinden auf die zuständigen Dorfgemeinden über, welche den ehemaligen Einzelgemeinden entsprechen.

... Die Dorfgemeinden ... müssen solches Vermögen behalten, das bloß für die Erfordernisse der einzelnen Dörfer bestimmt ist, wie Volkshäuser, Gemeinschaftsräume, Kindergärten usw. ...<<

Großbritannien: Thomas Mann erklärt am 16. Mai 1947 während eines Presseinterviews in London (x111/316): >>Es scheint mir, daß das nationalsozialistische Regime eine kulturelle Wüste hinterlassen hat. Ich wüßte im Augenblick keinen jungen deutschen Schriftsteller, der als Hoffnung auf eine Belebung des geistigen deutschen Lebens genannt werden könnte. ...

Ich möchte nicht gerne München oder Bonn besuchen, solange es unter alliierten Bajonetten steht. Es würde beschämend für mich sein.<<

18.05.1947

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärt am 18. Mai 1947 während einer SPD-Tagung in Kassel (x111/318): >> ... daß sich kein sozialdemokratischer Ministerpräsident mit Vertretern der SED an einen Verhandlungstisch setzen kann, solange die Sozialdemokratie in der Ostzone nicht als gleichberechtigte Partei anerkannt ist.<<

Ein Teilnehmer der Kasseler Veranstaltung schreibt damals in seinem Tagebuch über Kurt Schumacher (x111/318): >>... Ein Krüppel steht vor uns, mit nur einem Arm, magenkrank, nervös und spindeldürr. Hunger, Pein und Schmerzen haben ihn gekrümmt. Oft muß er aufgerichtet und getragen werden.

Trotzdem beherrscht der große Kopf mit der hohen, klaren Stirn, der kräftigen Nase, den durchfurchten Gesichtszügen und den großen Augen das Bild. Aus dem Geistigen muß die Wiedergeburt kommen.<<

21.05.1947

CSR: Eduard Benesch bestätigt am 21. Mai 1947 in der Zeitung "Lidova Demokracie" seine frühzeitigen Vertreibungspläne (x151/63): >>... Die erste Frage, die ich unserer Auslandsaktion schon im Jahre 1940 vorlegte, war die Frage des Abschubs der Deutschen aus unserem Land. Ich stellte die Frage direkt und integral (vollständig) und besprach sie offen, zuerst mit den Engländern, dann mit den Amerikanern, mit den Russen zuletzt.<<

22.05.1947

UdSSR: In der "Iswestija" vom 22. Mai 1947 wird der britische Außenminister Bevin kritisiert (x028/185): >>... Bevin versuchte, das bekanntlich sinnlose Argument vorzubringen, daß die Frage von Polens Westgrenze nicht geregelt sei und daß es sich dabei um eine Form von "Entschädigung" und nicht um eine Rückkehr alten polnischen Landes handelte.

Auch hier haben wir es mit dem offensichtlichen Versuch zu tun, das Potsdamer Abkommen zu revidieren und gewisse Zusagen zu umgehen, die sich aus dem Abkommen herleiten.

Die Frage von Polens Westgrenze ist ein für allemal geregelt worden und nicht mehr Gegenstand irgendeiner Revision.<<

25.05.1947

UdSSR: In der Sowjetunion wird am 25. Mai 1947 die Todesstrafe (bis 1953) abgeschafft. Das gilt auch für die SBZ (x126/238).

30.05.1947

WBZ: Konrad Adenauer schreibt am 30. Mai 1947 (x095/67): >>... Ein sehr gefährliches Symptom der Entwicklung ist der sich immer stärker entwickelnde Herrschaftsanspruch der Gewerkschaften über die ganze Wirtschaft. Dieser Anspruch wird von in der britischen Zone maßgebenden Stellen sehr stark unterstützt, wie ja überhaupt in der britischen Zone die Gewerkschaften von diesen Stellen den Parlamenten gleichgestellt, wenn nicht sogar darüber hinausgehoben werden.

Diese Totalitätsansprüche der Gewerkschaften finden von Unternehmerseite leider kaum Widerstand, weil viele maßgebende Leute auf Unternehmerseite, wenn auch leichte, braune Flecken haben, und deswegen bang sind, sich zu wehren. ...<<

31.05.1947

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erläutert am 31. Mai 1947 vor dem Spitzengremium der SPD seine "Magnettheorie" (x111/322): >>... Es ist realpolitisch vom deutschen Gesichtspunkt aus kein anderer Weg zur Erringung der deutschen Einheit möglich als diese ökonomische Magnetisierung des Westens, die ihre Anziehungskraft auf den Osten so stark ausüben muß, daß auf die Dauer die bloße Innehabung des Machtapparates dagegen kein sicheres Mittel ist.

Es ist gewiß ein schwerer und vermutlich langer Weg.<<

Der bayerische Kultusminister Alois Hundhammer (1900-1974) verkündet am 31. Mai 1947 das Abstimmungsergebnis einer Elternbefragung über die Einführung der körperlichen Züchtigung in den Volksschulen.

In München sprechen sich 28.336 Eltern gegen und 25.556 Eltern für die Einführung der körperlichen Züchtigung aus (x111/322).

Mai 1947

WBZ: Nach den Feststellungen des Meteorologischen Instituts in Quickborn war der Mai 1947 der heißeste des bisherigen 20. Jahrhunderts.

Ein Zeitzeuge berichtet über eine "Hamsterfahrt" im Mai 1947 (x114/2.171): >>Hamsterzug. Mannheim ab 4.57 Uhr – Heidelberg 6.01 Uhr nach Lauda. 750 Sitzplätze.

Es fahren über 2.000 Personen. Leere Säcke, Rucksäcke, Koffer in übermäßiger Zahl werden mitgeschleppt. Der Berufsverkehr wird behindert. Schüler der Eberbacher und Mosbacher Schulen stehen auf den Trittbrettern.

Zwischen Osterburken und Lauda ergießen sich die Menschenmassen in die Dörfer. Kilometer werden gelaufen, die Bauern um zwei, drei Kartoffeln angebettelt, Mehl, Grünkern, Fett, Speck getauscht. ...

Abends kommen die Städter an die Bahnhöfe. Deutsche Polizisten umkreisen die Stationen. Die Bahnpolizei allein hat das Recht, auf dem bahneigenen Gebiet zu kontrollieren. Sie tut es nicht mehr. Seit dem Frühjahr bestehen diese Anordnungen.

Gelegentlich versuchen mehrere Polizisten gemeinsam eine Aktion. Sie beginnen bei den Frauen. Nehmen ihnen die Kartoffeln ab. Das Mehl. Die Eier. Tränen. Beschwörungen, Hinweise, daß regulär getauscht sei. Die Polizisten schafften die Ware beiseite. Kommen ein paar Männer hinzu, die den Frauen beispringen, gelingt es manchmal, die Kartoffeln, das Mehl, den Topf Schmalz wieder zurückzubekommen. Es gibt Prügel, Schläge prasseln auf die Städter, die zurückschlagen. ...

Wenn der Zug kommt, dann retten sich die Städter auf die Bahnsteige. Aber auch hier gehen die Kämpfe oftmals weiter. Säcke werden von den Wagenbühnen, von den Trittbrettern gerissen. Frauen, Flüche, zerrissene Kleider, Blut und schlagende Knüppel. ...<<

CSR: Justizminister Prokop Drtina gibt im Mai 1947 vor dem tschechoslowakischen Parlament einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Volksgerichte ab (x004/77): >>Die Volksgerichtsbarkeit war eine revolutionäre Gerichtsbarkeit, aufgebaut auf dem System der Standgerichte und trägt daher alle Merkmale eines solchen Tribunals.

Man kann sich nicht wundern, daß es in den Entscheidungen der außerordentlichen Volksgerichte zu verschiedenen Unregelmäßigkeiten gekommen ist.

Im Gegenteil, es wäre ein Wunder, wenn die Durchführung einer solchen außerordentlichen Gerichtsbarkeit, die in ihren Entscheidungen fast ausschließlich auf das Laienelement, d.h. auf Richter aus dem Volke und nicht auf Berufsrichter gestützt war, den Unregelmäßigkeiten hätte vorbeugen können. ...<<

Von den 18.800 deutschen Untersuchungs- oder Strafgefangenen, die sich noch im Mai 1947 in den tschechischen Gefängnissen oder Strafanstalten aufhalten, befinden sich 11.654 in Zwangsarbeiter-Sonderabteilungen oder in anderen Arbeitsabteilungen (x004/78).

Großbritannien: Der britische Historiker Arnold J. Toynbee (1889-1975) erklärt während einer Vorlesung im Mai 1947 (x067/194): >>... In einer Europäischen Union, die sowohl die Sowjetunion als auch die USA ausschliesse – und das ist der hypothetische Ausgangspunkt für den Versuch, eine europäische Dritte Großmacht zu konstruieren -, muß Deutschland früher oder später auf diesem oder jenem Wege die Führung übernehmen, und zwar selbst dann, wenn dieses Vereinte Europa mit einem Deutschland gegründet werden würde, das entwauffnet und dezentralisiert oder sogar geteilt wäre.

In diesem Raum, der zwischen den USA und der Sowjetunion liegt, hält Deutschland eine beherrschende Mittellage besetzt:

Die deutsche Nation ist eineinhalb Male so groß wie die nächstgrößte Nation Europas; das deutschbewohnte Herz Europas (dabei sind weder Österreich noch der deutschsprachige Teil der Schweiz berücksichtigt) enthält einen vorherrschenden Anteil des gesamten schwerindustriellen Potentials von Europa – an Rohstoffen, Fabrikanlagen und Fachkräften; und die Deutschen sind ebenso leistungsfähig, sowohl Menschen als auch sonstiges Kriegsmaterial zur Kriegsführung zu organisieren, wie sie andererseits unfähig zum Versuch sind, sich selbst zu regieren und unerträglich als Herrscher über andere Völker.

Gleichgültig, zu welchen Bedingungen Deutschland zu Beginn in ein Vereintes Europa einbezogen würde ... auf Dauer gesehen würde es ein solches Europa beherrschen; und sogar dann, wenn die Vorherrschaft, die es gewaltsam in zwei Kriegen vergeblich zu gewinnen versucht hatte, ihm diesmal friedlich und schrittweise zufallen würde, wird kein nichtdeutscher Europäer glauben, daß die Deutschen – sobald sie erfaßt haben, daß sich diese Macht in ihrer Reichweite befände – so weise wären oder sich selbst beherrschen könnten, ohne Peitschenschwingen und Quälereien auszukommen. Diese deutsche Frage würde sich als unüberwindliches Hindernis bei der Errichtung einer europäischen dritten Großmacht herausstellen. ...

Besonders in Westeuropa (und Westeuropa ist das Herz Europas) sind die Traditionen nationaler Individualität so stark, daß die engste Europäische Union, die auch durchführbar wäre, noch zu lose verbunden sein würde, um mehr als eine unwichtige Figur im Machtspiel zu sein.

...<<

03.06.1947

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 3. Juni 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/65-66): >>3. Juni 1947. Die Tagesration eines Normalverbrauchers, die nach der 102. Kartenperiode ... 1.014 Kalorien pro Tag enthalten soll, beträgt nach deutschen Feststellungen tatsächlich nur 838,5 Kalorien.

"Diese Zuteilung liegt erheblich unter den Rationen, die den KZ-Insassen (während des NS-Regimes) gewährt wurden", schreibt eine von der Militärregierung lizenzierte Zeitung dazu.

Und immer noch strömen Menschen durch Friedland. ... Es steht schlimm um Deutschland. ... Man schätzt, daß monatlich mehr als 15.000 Menschen illegal die Zonengrenze in Richtung West oder Ost überschreiten. Auch Menschen, die jeden Halt und eine noch so lockere Ordnung ablehnen oder verlernt haben. Dazwischen ausgesprochen kriminelle oder asoziale Elemente. ...<<

05.06.1947

Berlin: Die deutsche Journalistin und Schriftstellerin Ruth Andreas-Friedrich (1901-1977) berichtet am 5. Juni 1947 in ihrem Tagebuch über die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz und die Rede des US-Außenministers Marshall (x111/325): >>Ehe der letzte der ostzonalen Ministerpräsidenten die Bayerische Staatskanzlei betreten hatte, hatten seine östlichen Kollegen den Sitzungssaal bereits verlassen. Die Delegierten der Ostzone sind nach Berlin zurückgereist. Nicht einmal über die Aufstellung der Tagesordnung konnte man sich einigen. Rein in die Hoffnung, raus aus der Hoffnung.

Wenn sich auch der Hilfsplan für Europa in ähnlicher Richtung entwickelt! ...<<

Polen: Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 5. Juni 1947 einen Runderlaß betreffend die falsche Einstellung in Fragen der Staatsbürgerschaft der in den Wiedergewonnenen Gebieten alteingesessenen Bevölkerung (x003/387-389): >>Pausenlos aus den Wiedergewonnenen Gebieten eingehende Beschwerden zeigen, daß trotz des Inkrafttretens des Gesetzes vom 28. April 1946 ... sowie trotz zahlreicher Erklärungen von höchsten staatlichen und gesellschaftlichen Organen die mir unterstellten Behörden der territorialen Verwaltung die Bedeutung und die Folgen dieses für den polnischen Staat so einschneidenden Gesetzgebungsaktes noch immer nicht richtig verstehen.

So wird sehr oft eine praktische Unterscheidung zwischen der in den Wiedergewonnenen Gebieten ansässigen Bevölkerung vorgenommen, indem man sie in sogenannte "Autochthone" oder "Verifizierte" und Ansiedler teilt, wobei die Staatsbürgerschaft der letzteren von niemand in Frage gestellt wird, während die Staatsbürgerschaft der seit Jahrhunderten hier ansässigen polnischen Bevölkerung bei fast jeder Gelegenheit angezweifelt wird.

Die verantwortungslose Verunglimpfung dieser Bevölkerung durch Vorwürfe, welche das Polentum entehren, die leichtfertige Identifizierung dieser Menschen, besonders evangelischen Glaubens, mit den Deutschen sind eine bereits alltägliche Erscheinung geworden und es ist eine bedauernswerte Tatsache, daß diese Atmosphäre hauptsächlich von Individuen, welche es nur darauf abgesehen haben, sich das Eigentum dieser Bevölkerung widerrechtlich zu bemächtigen, sowie von bewußten oder unbewußten Helfershelfern dieser Individuen geschaffen wird.

Die Schuld an diesem ungesunden und heute bereits unentschuldbaren Zustand tragen vor allem die Behörden der allgemeinen Verwaltung, deren Verantwortung hierfür auf der ihnen übertragenen Fürsorge für die ansässige polnische Bevölkerung und auf der Verpflichtung beruht, das eingangs genannte Gesetz praktisch durchzuführen.

Fälle, wie die Entziehung der vorläufigen Bescheinigungen über die polnische nationale Zugehörigkeit, welche den praktischen Nachweis der polnischen Staatsbürgerschaft bilden, das Einreihen von Personen, die sich mit den erwähnten Bescheinigungen ausweisen, in die Repa-

trierungstransporte für die Deutschen und schließlich die nicht seltenen Verweigerungen der formalen Bestätigung der Staatsbürgerschaft unter allerlei ausgedachten Vorwänden zeugen entweder von einer leichtfertigen Unkenntnis der geltenden Gesetze, Richtlinien der Regierungspolitik ... sowie vom Mangel einer gesunden gesellschaftlichen Einsicht, oder sie demaskieren den hier und da vorhandenen Willen verschiedener reaktionärer Elemente, die in der ersten Organisationszeit in die Verwaltung Eingang gefunden haben.

... Die Staatsbürgerschaft ist ein so großes Recht des Menschen, daß ihre Entziehung entsprechender wichtiger Grundlagen und vor allem eines sehr genauen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Verfahrens bedarf. ...

Da im dritten Tätigkeitsjahr des Verwaltungsapparates derartige Mißverständnisse und Fehler nicht mehr vorkommen dürfen, ersuche ich die Wojewoden: ...

8. um die Anweisung, daß in der Regel alle Fälle dem Staatsanwalt zur Untersuchung übergeben werden müssen, in denen die alteingesessene Bevölkerung geschädigt oder beunruhigt wurde, nur weil ihre Angehörigen früher Staatsbürger des ehemaligen Deutschen Reiches waren;

9. um die Anweisung, daß in Staatsbürgerschaftsverfahren keine Aussagen von Personen als glaubwürdig angenommen werden, die materiell an einer für den Antragsteller ungünstigen Entscheidung der Frage der Staatsbürgerschaft interessiert sind ...<<

USA: US-Außenminister George C. Marshall (1880-1959, Verfasser der "Truman-Doktrin = wirtschaftliche Hilfe - Waren und Kredite - für nichtkommunistische Länder) stellt am 5. Juni 1947 das nordamerikanische Hilfsprogramm für Europa vor.

Nachdem Stalin in allen befreiten bzw. besetzten Ländern kommunistische Diktaturen errichtet hatte, beginnt ab 1947 die nordamerikanische Eindämmungspolitik ("Truman Doktrin"), um ein weiteres Vordringen der UdSSR zu verhindern.



Abb. 75 (x149/116): Welche Zielsetzungen des Marshallplanes bringt dieses Werbeplakat zum Ausdruck?



Abb. 76 (x067/204): Plakat der SED, 1947

Der Marshall-Plan (wirtschaftliche und finanziellen Hilfsaktion für westeuropäische Staaten) soll vor allem den Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft unterstützen und den Expansionsdrang des Stalinismus stoppen bzw. beenden.

Im Rahmen des Marshall-Planes erhalten die westeuropäischen Länder von 1948-52 etwa 14,7 Milliarden Dollar. Der Anteil der Bundesrepublik beträgt 1,5 Milliarden Dollar (x073/225). Die Nordamerikaner können die erforderlichen finanziellen Hilfen bereitstellen, weil sie damals große Außenhandelsüberschüsse erzielen. Von 1938-47 kann Nordamerika die industrielle Produktion mehr als verdoppeln, so daß man in der Lage ist, das Hilfsprogramm für Westeuropa zu finanzieren (x028/233).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Marshall-Plan (x068/275-278): >>... Marshall, bei Beginn des Zweiten Weltkriegs Generalstabschef und militärischer Berater Roosevelts, war beteiligt an der Zerschlagung Mittel- und Südeuropas - und nach dem Krieg baute er es wieder auf.

Erst Volltreffer auf Volltreffer, dann ein Bombengeschäft; ein Bombengeschäft aber schon zur Zeit der Volltreffer, ja schon davor. Dafür erhielt der General 1953 den Friedensnobelpreis – zusammen mit Albert Schweitzer! (Der eigentliche Vater des Marshall-Planes soll freilich Will Clayton gewesen sein, der stellvertretende Wirtschaftsminister).

Außenminister Marshall hatte den Plan erstmals am 5. Juni 1947 in einer Rede an der Harvard University vorgeschlagen, und am 3. April 1948 trat die Wirtschaftshilfe in Kraft, zunächst allerdings nur für die westeuropäischen Staaten. Seit 1950 wurde jedoch auch Westdeutschland einbezogen. Bald nämlich wandte sich Amerikas große Liebe dem ehemaligen Erzfeind zu. Die Deutschen konnten, zur Verzweiflung getrieben, den Sowjets in die Arme fallen und dann mit ihnen gemeinsam den Westen tödlich bedrohen.

Also päppelte man gerade die Exnazis wieder auf, überaus erfolgreich und ganz selbstlos, aus purem Mitleid mit dem verführten Volk, dessen böse Führer man hängte; ein paar Teufel, fast an zwei Händen herzuzählen, worauf die blanke Unschuld zum Vorschein kam; harmlose Mitläufer allenfalls, Nachläufer, die nun gleich weiterlaufen konnten, sollten, mit denen sich das alte Spielchen einer flotten Aufrüstung, vielleicht eines flotten Aufmarsches; Einmarsches gar, wiederholen ließ.

"Nach Ostland ..." – nur diesmal eben im Dienst der guten Sache.

Waren die Russen Feinde, mußten die Deutschen Freunde werden. Und mit den Deutschen brauchte man weitere europäische Länder, am besten ganz Europa. Ganz Europa eine Abwehrfront, eine Aufmarschbasis. Auf jeden Fall aber ganz Europa ein Absatzmarkt für US-Produkte, ein Absatzmarkt, größer als der eigene daheim. Über England drang man vor - das Trojanische Pferd der Überseeler, denen ja auch ein großer Teil des englischen Kapitals gehörte. Aber das konnte und sollte überall in Europa, in Westeuropa, so werden.

Man pumpte also zwischen 1948 und 1952 rund 13 Milliarden ins christliche Abendland: 3,1 Milliarden für Großbritannien, 2,6 Milliarden für Frankreich, 1,4 Milliarden für Italien, 1,3 Milliarden für Westdeutschland, 1,0 Milliarden für die Niederlande, um nur die Spitzenempfänger zu nennen. Mit humanitärer Hilfe hatte das so gut wie nichts zu tun, so gut wie alles aber mit geschäftlichen und machtpolitischen Bedürfnissen – selbst da, wo man nicht langfristige Kredite dafür nahm, sondern sogar schenkte.

Für den US-Senator Arthur H. Vandenberg trug die Marshall-Plan-Hilfe – "durchaus der harten Wahrheit Rechnung – ob wir sie mögen oder nicht -, daß die Eigeninteressen der USA, unsere nationale Wirtschaft und unsere nationale Sicherheit mit diesen Zielen untrennbar verbunden sind".

Man beachte die Reihenfolge: die Wirtschaft kommt zuerst (die Sicherheit dient eigentlich nur dem Geschäft). Auch in der Präambel des Plans stand schon, daß er "Macht und Stabilität" der USA auf westdeutschem Boden sichern sollte. Für Deutschlands Spaltung, seine Wiederauf-

rüstung, für die eventuelle Reservierung als Schlachtfeld segneten die Sieger die Besiegten, zogen sie sich heran, was sie brauchten. Und wenn kein riesiges Schlachtfeld, so jedenfalls ein riesiger Marktplatz.

"Wir brauchen große Märkte, auf denen wir verkaufen und kaufen können", bekannte der stellvertretende amerikanische Wirtschaftsminister Will Clayton, der auch privat als Geschäftsmann dabei seine Geschäftchen machen konnte. Denn schließlich treibt ein US-Amerikaner die Politik des Geschäftes wegen und nicht umgekehrt. Und natürlich treibt er sie nur für jene, die bereit sind, sich in seinem Sinn, für seine Sache, seine Geschäfte zu engagieren. So sagte Dean Acheson, seit 1949, dem Rücktritt Marshalls, neuer Außenminister, über das Auslandshilfeprogramm seines Staates: "Menschen, die unseren Glauben teilen, wollen wir helfen, weiterhin so zu leben, wie sie leben wollen."

Doch wehe, wenn sie diesen Glauben nicht teilen!" Unser" Glaube muß es schon sein. Und "unser" Interesse. Und "unser" Profit.

Die deutschen Michels aber, als ausgehungertes Konsumgut, als potentiell Kanonenfutter eingekauft, bekamen in Erinnerung daran Jahrzehnte später noch glänzende Augen. Seinerzeit ... schien es ihnen, als hätten sie das Heil der Welt geschaut. Und den Allerklügsten scheint es noch heute so. Wie sie vordem für Hitler waren, so nun für die neuen Herren. Und wie sie einst für jenen starben, millionenweise, so sind sie seitdem präpariert, für diese zu krepieren; dort für Arbeit und Brot, Blut und Boden, Kraft durch Freude, da für Kleider, Konserven, Mais und Trockenmilch - von der doch selbst ihre jetzige Nummer eins (viele meinen, gar noch eine Nummer davor) gezehrt. Und ist es nicht gut angeschlagen?

Ja: "... was unsere amerikanischen Freunde in der Stunde der Not für uns taten" – das taten sie für sich, Mr. Kohl.

Der italienische Sozialist Pietro Nenni nannte den Marshall-Plan "ein ökonomisches Instrument der Truman-Doktrin und der Wallstreet-Politik". Der russische Außenminister Molotow geißelte ihn als imperialistische Verschwörung zur Versklavung Europas, was etwa auf dasselbe hinauslief. Jedenfalls sollte er alle europäischen Staaten umfassen, hätten die USA ihre Hilfe doch am liebsten auf ganz Europa ausgedehnt, vorerst. Aber nur 16 Staaten konnten zugreifen und wurden eher mehr als minder amerikanisiert.

Am 20. Januar 1949 erweiterte dann Truman im vierten Teil seiner Antrittsrede die in Europa bereits so bewährte technische und finanzielle Hilfe auch auf die "unterentwickelten" Gebiete der Welt (dann feiner "Entwicklungsländer" genannt: erst hatte man sie - meist "Kolonien" - aufs Äußerste geschröpft; darauf, fortschrittlicher, das große Schröpfen zeitgemäß entwickelt). Natürlich sollte die Hilfe, die Entwicklung, auch dem Entwickelnden selbst etwas zugute kommen, ihm sogar, offen gesagt, zuerst und am meisten, denn sonst könnte er sich ja gar nicht, noch dazu so groß, entwickeln.

Und flössen dabei auch Millionen um Millionen Dollar vor allem in die Taschen der Herrschenden vieler Entwicklungsländer, so war dies gewiß mit einkalkuliert. (Man braucht Verbündete - und wer herrscht viel Geld, um vor Bestechungen sicher zu sein.) Hauptsache die Rechnung im Ganzen ging auf. Ende 1959 hatten die diesbezüglichen Gesamtausgaben bereits eine Höhe von 72,5 Milliarden erklommen.

Leider konnte man nur einen Teil Deutschlands befreien. Zwar war dieser Teil zunächst größer, doch trat man dann Teile des Teils, die man schon in Händen hatte, rücksichtsvollerweise den Russen ab. So konnten sich da und im übrigen Mitteldeutschland seit dem 22. April 1946 die echten Sozialisten (SED) entfalten, darauf auch allerlei Enteignungsmaßnahmen, Bodenreformen etc. Schließlich gab es Währungsreformen hier und dort, und endlich war die Spaltung perfekt. Jede Seite hatte einen Brocken, und die Welt war sicherer. Sogar Deutschland war sicherer vor sich selbst - jedenfalls so lange, bis es sich wieder vereinigte.<<

James P. Warburg (Berater der US-Militärregierung in Deutschland) begründet später die

nordamerikanische Eindämmungspolitik wie folgt (x156/40-41): >>Von der Lösung, die für die deutsche Frage gefunden wird, hängt nicht nur unser eigenes Glück und unsere eigene Wohlfahrt ab, sondern auch die Sicherheit unserer Nation, mehr noch die Weiterentwicklung der menschlichen Zivilisation auf unserer Erde überhaupt. ...

Es mag ... wohl sein, daß das, was sich heute in Deutschland ereignet, uns gefühlsmäßig nicht sehr nahegeht, insoweit, als es sich dabei um unsere Sympathie für das deutsche Volk handelt. Aber dennoch hat all das aus einem ganz anderen Grunde für uns eine tiefe und lebenswichtige Bedeutung: diese Vorgänge berühren nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt.

...

Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an der Zukunft Deutschlands, weil Deutschland das Versuchsfeld für ein großes Experiment ist, das wir machen müssen. Wir müssen versuchen, einen dauernden Frieden durch die Zusammenarbeit der großen Mächte zu verbürgen. Deutschland ist das Laboratorium, in dem dieses Experiment gelingt oder mißlingt. ...

Jede einzelne Frage, die im Zusammenhang mit der Schaffung einer festen und dauerhaften Friedensordnung auftaucht, spiegelt sich in irgend einer Weise in dem unruhigen Teile Europas wider, der zwischen der Weichsel und dem Rhein liegt. Zwischen diesen beiden Strömen müssen Ost und West sich begegnen, sich die Hände reichen und sich in Freundschaft und Frieden an die Arbeit machen.

Ist das nicht der Fall, dann gibt es keinen Frieden für die Welt. Gewiß, zwischen Rhein und Weichsel kann der Frieden nicht in seiner umfassenden Ganzheit geschaffen werden, aber er kann dort so verloren werden, daß es überhaupt kein Heilmittel mehr gibt.

Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an Deutschland und an seiner Zukunft nicht allein, weil Deutschland die Stelle ist, von der alle Unruhe in Europa ausging. Es ist vielmehr der Punkt, an dem der Hebel angesetzt werden muß zu einer Neuordnung und zu einer Gesundung der ganzen europäischen Wirtschaft.

Geographie, Geologie und moderne Technik haben Deutschland in dem Leben von ganz Europa eine Schlüsselstellung gegeben. Es mag uns passen oder nicht, die deutschen Ströme und die deutschen Verkehrswege sind Zugang zum Herzen des Kontinents, die deutschen Bergwerke versorgen Westeuropa mit Kohle. Das deutsche Volk stellt auch noch heute in der Niederlage die größte Zahl von Facharbeitern in Europa.

Alle diese Elemente machen zusammen aus Deutschland einen Hauptfaktor der europäischen Produktionskapazität, aber auch einen der wichtigsten Märkte für den Absatz von Waren, die in anderen Ländern hergestellt werden. ...

Kohle ist das Herz der modernen Industriewirtschaft, aber es gibt nur wenige Völker auf der Erde, die ihren Kohlenbedarf im eigenen Lande decken können. Abgesehen von Rußland sind alle europäischen Völker auf Kohlenlieferungen aus den 3 Kohlenüberschußgebieten angewiesen.

Diese 3 Überschlußgebiete waren Großbritannien, das deutsche Ruhrgebiet und Oberschlesien. Zwei von diesen Kohlengebieten fallen im Augenblick aus oder können nicht in sichere Rechnung gestellt werden.

Großbritannien, das früher 78 Millionen Tonnen im Jahre exportierte, hat heute Schwierigkeiten, den eigenen Bedarf aus der eigenen Produktion zu decken. Oberschlesien, das während des Krieges für die Nazis angeblich 100 Millionen Tonnen pro Jahr förderte, steht jetzt unter polnischer Herrschaft, und die oberschlesische Förderung wird aller Wahrscheinlichkeit nach und nach Rußland oder nach solchen Ländern gehen, die an die russische Wirtschaft angeschlossen sind. Diese Tatsache wird dadurch nicht verschleiert werden können, daß oberschlesische Kohle auch gelegentlich nach anderen Ländern verkauft werden mag.

So bleibt für ganz Westeuropa als Kohlenbasis mit exportfähigem Überschuß nur das deutsche Ruhrgebiet übrig. Wenn es der Ruhr nicht gelingt, Kohle für Skandinavien, für die Nie-

derlande, für Frankreich, die Schweiz, Italien, Griechenland und die Pyrenäenhalbinsel zu fördern, dann bleiben eben diese Völker ohne genügende Brennstoffversorgung, es sei denn, daß sie Kohle zu Preisen in den Vereinigten Staaten kaufen, auf denen außerordentlich hohe Kosten des Schiffstransports lasten. ...

Das sind einige von den vielen Gründen, die dafür sprechen, daß Deutschland in der Zukunft genau so wie in der Vergangenheit mit die wichtigste Stelle sein wird, an der der Hebel für die wirtschaftliche Neuordnung Europas angesetzt werden muß.

Wenn man das nicht will, so muß man eben das deutsche Volk gänzlich ausrotten oder versklaven, das deutsche Volk aufteilen und von den Nachbarländern annektieren lassen.

Da niemand an solch drastische Maßnahmen denken kann, besteht das deutsche Problem heute nicht nur aus der Frage, wie man das deutsche Volk friedfertig und dem Gesetz gehorsam machen, sondern auch darin, wie man das Können, die Arbeitskraft und die natürlichen Hilfsmittel einer neuen und friedfertigen deutschen Nation zum Besten Europas und der Welt wirksam werden lassen kann. ...<<

06.06.1947

WBZ: Nach einem Streit um die Tagesordnung findet die gesamtdeutsche Münchener Konferenz vom 6. bis zum 8. Juni 1947 ohne die Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) statt.

Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard bekennt sich bei dieser Konferenz zur deutschen Einheit (x111/325): >>Trotz der Aufspaltung in 4 Zonen geben wir keinen Teil unseres deutschen Vaterlandes auf.

Trotz des Weggangs der Ministerpräsidenten der Ostzone bleiben wir auch diesem Teil Deutschlands zutiefst verbunden.

Den deutschen Osten und Berlin betrachten wir als lebenswichtige Bestandteile Deutschlands.<<

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann (1910-1990) schreibt später über die gesamtdeutsche Münchener Konferenz (x243/161): >>... Der einzige bedeutende Versuch deutscher Politiker aus allen Zonen, miteinander ins Gespräch zu kommen, sei mit der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 1947 vor allem durch das Verhalten der Ministerpräsidenten aus der Sowjetzone gescheitert.<<

Polen: Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 6. Juni 1947 einen Runderlaß betreffend die Beschleunigung des Verfahrens in Sachen der Staatsbürgerschaft von Personen, die in den Wiedergewonnenen Gebieten ihren ständigen Wohnsitz haben (x003/390-391): >> ... 1. Alle Anträge auf Feststellung der polnischen nationalen Zugehörigkeit oder auf Bestätigung der polnischen Staatsbürgerschaft ... müssen, soweit sie von den allgemeinen Verwaltungsbehörden (der) I. Instanz noch nicht entschieden wurden, unverzüglich, jedoch spätestens bis zum 30. Juni 1947, bearbeitet und entschieden werden. ...

6. Berufungen gegen ablehnende Entscheidungen sind innerhalb von 3 Tagen an die höhere Instanz weiterzureichen ...<<

07.06.1947

WBZ: Im Verlauf der Münchener Konferenz werden die deutschen Emigranten am 7. Juni 1947 zur Rückkehr aufgefordert (x111/326): >>... Die in München versammelten Chefs der deutschen Länderregierungen richten an alle Deutschen, die durch den Nationalsozialismus aus ihrem Vaterland vertrieben wurden, den herzlichen Ruf, in ihre Heimat zurückzukehren.

Ein tiefes Gefühl der Verantwortung erfüllt uns ihnen gegenüber. Wir haben sie schweren Herzens scheiden sehen und werden uns ihrer Rückkehr freuen.

Ihrer Aufnahme in unserem überfüllten und unwirtlich gewordenen Lande stehen zwar große Schwierigkeiten entgegen. Wir werden aber alles tun, um gerade ihnen ein neues Heim zu schaffen.

Jene Emigranten, die Deutschland lieben und unsere Wirrsal in ihrer geistigen und historischen Tiefe kennen, sind besonders berufen, Mittler zwischen uns und der übrigen Welt zu sein.

Sie, die sich deutscher Sprache und Kultur noch verpflichtet wissen, mögen sich hier davon überzeugen, daß unser Volk auch heute noch in seinem Kern gesund ist und daß seine überwältigende Mehrheit keinen anderen Wunsch hat, als friedlich und arbeitsam im Kreise der übrigen Völker zu leben.

Deshalb rufen wir sie auf, mit uns ein besseres Deutschland aufzubauen.<<

Der Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt/Main schreibt am 7. Juni 1947 (x111/326): >>... Seitdem ich an der Spitze der Frankfurter Stadtverwaltung stehe, wurde das Wort "Hauptstadt" für Frankfurt niemals gebraucht und überhaupt jede Äußerung vermieden, als werde im gegenwärtigen Zustand der Ungeklärtheit der Form und des Umfanges eines künftigen Deutschlands die Frage einer Hauptstadt überhaupt zur Debatte gestellt.

Als offensichtlich wurde, daß die britische und amerikanische Militärregierung sich zu einer räumlichen Zusammenfassung der Zweizonenorgane entschlossen haben, hat Frankfurt sich in keiner Weise darum bemüht, Sitz dieser Behörden zu werden, obwohl es wahrlich allen Grund hätte, auf die ständige Benachteiligung hinzuweisen, die diese Stadt seit 1866 sowohl im kaiserlichen wie im nazistischen Deutschland erfahren hat.

Frankfurt war stets eine deutsche Stadt und eine Reichsstadt. Seine Geschichte verpflichtet es, das Allgemeininteresse über das eigene Interesse zu stellen. Seine politische Funktion gebietet ihm aber auch, sich höheren Anforderungen nicht zu verschließen. Von diesen Erwägungen wird die Frankfurter Kommunalpolitik bestimmt.<<

09.06.1947

WBZ: Die "Neue Zeitung" berichtet am 9. Juni 1947 über die Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz (x111/328): >>... In München hat die SED am klarsten bewiesen, daß sie unter Einheit nur die Möglichkeit zur Propagierung und Durchführung ihres in Methodik und Zielsetzung wesentlich kommunistischen Programms versteht.<<

Erich Rossmann (1884-1953, Generalsekretär des Länderrates) schreibt am 9. Juni 1947 über den Verlauf der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz (x111/328): >>... Von einer höheren Warte aus gesehen braucht der Vorgang jedoch keine Entmutigung zu bedeuten. Die Probe mußte einmal gemacht werden. Ihr Ablauf kann ein notwendiges Glied in der Entwicklung zur Einheit sein. Um Klarheit zu gewinnen, ist es unvermeidlich, daß zunächst auch sehr unangenehme Dinge durchexerziert werden müssen.<<

10.06.1947

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 10. Juni 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/66-67): >>10. Juni 1947. Ein größerer Transport ehemaliger deutscher Nachrichtenhelferinnen und DRK-Schwestern, die 1944 in russische Gefangenschaft gerieten, traf aus einem Lager bei Woroschilowgrad im Donez-Gebiet in Friedland ein. Ein großer Teil der Frauen hat im Bergwerk gearbeitet. ...

Alle Frauen sind unterernährt. Ärztliche Diagnose: Dystrophie. Die 24jährige A. W. ... sagte: "Es müßte verboten werden, daß Frauen mit in den Krieg müssen." ...<<

11.06.1947

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erhält am 11. Juni 1947 in der französischen Zone Redeverbot.

13.06.1947

WBZ: In Hamburg wird am 13. Juni 1947 Helmut Käutners Nachkriegsfilm "In jenen Tagen" uraufgeführt.

14.06.1947

Frankreich: Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes berichtet am 14. Juni 1947 über deutsche Kriegsgefangene, die in französischen Kohlenbergwerken arbeiten müssen (x130/-184): >>... Man hat festgestellt, daß sich Gefangene selbst verstümmelt haben - ein Beweis dafür, daß die Arbeitsbedingungen aufgrund des brutalen Zwangs unerträglich für sie wurden. Es ist unzulässig, daß den Gefangenen außer ihrer eigenen Arbeit auch noch die ihrer fehlenden oder verletzten Kameraden aufgebürdet wird.<<

16.06.1947

WBZ: Der Stuttgarter Oberbürgermeister gibt am 16. Juni 1947 bekannt (x114/2.183): >>... Bei der augenblicklichen Rohstofflage kann bis auf weiteres für jeden Versorgungsberechtigten im Moment durchschnittlich nur 20 Gramm Besohlmateriale zur Verfügung gestellt werden.

Der Schuhbesserungsbetrieb hat sich deshalb vor der Annahme eines Besohl-Auftrags anhand der Reparaturkarte davon zu überzeugen, wann die letzte Besohlung für den jeweiligen Kunden ausgeführt worden ist.<<

17.06.1947

Polen: Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 17. Juni 1947 einen Runderlaß betreffend die Verwaltung und Organisation der Verwaltung von ehemals deutschen und verlassenen Liegenschaften (x003/392-397): >> ... Wie aus den von den Kontrollorganen des Ministeriums ... angefertigten Inspektionsberichten hervorgeht, ist die Bewirtschaftung der übernommenen Liegenschaften sowohl in organisatorischer wie in ökonomischer Hinsicht nicht überall zufriedenstellend.

... Es bestehen noch bedeutende Mängel; so fehlt es an zuständigen Dienststellen für die Verwaltung der übernommenen Liegenschaften. ... Dort hingegen, wo diese Verwaltungsstellen gebildet wurden, wurde festgestellt, daß sie unrichtig arbeiten; es fehlt eine Buchführung, eine genaue Erfassung der Häuser sowie eine entsprechende Sorge und Aufsicht für die Häuser usw.

In ökonomischer Hinsicht brachte das Nationalvermögen infolge der Anwendung falscher Grundsätze durch die Verwaltung, die wirtschaftlich unreal waren und jeder kaufmännischen Kalkulation entbehrten, sowie infolge Nichtbeachtung des gesellschaftlichen Interesses der Gemeinde in vielen Städten nicht nur keinen Gewinn, sondern im Gegenteil ein Defizit und gesellschaftliche Verluste, welche durch die Verringerung des Vermögens infolge nichtausgeführter Reparaturen sowie mangelhafter Sicherstellung beschädigter bzw. unbewohnter Gebäude bewirkt wurden.

Dieser Zustand muß unverzüglich abgeändert werden, und der Bewirtschaftung des übernommenen öffentlichen Vermögens durch die Selbstverwaltungskörperschaften muß verbessert werden. ...

5. Alle rückständigen Mietzinsen werden nach den bisher geltenden Mietsätzen eingezogen. Hierbei stehen gegenüber widerspenstigen Zahlern den Gemeinden als vom Staate beauftragten Verwaltern alle zivilrechtlichen Befugnisse zu. ...

9. Die Einnahmen aus den von den Gemeinden verwalteten Liegenschaften dienen:

- a) zur Deckung der mit der Verwaltung der Häuser verbundenen Kosten,
- b) zur Begleichung der Grundsteuer,
- c) zur Sicherung der Gebäude, ihrer Erhaltung sowie zur Ausführung von Reparaturen ...
- d) der Rest wird in den Verwaltungshaushalt der Gemeinde abgeführt. ...

Falls bewußte Vernachlässigungen festgestellt werden, werden gegen die Schuldigen die in Art. 39 des Dekrets vom 13. Juni 1946 ... vorgesehenen Sanktionen angewandt. ...<<

19.06.1947

WBZ: Die Zeitung "Tagesspiegel" fordert im Leitartikel vom 19. Juni 1947 eine zügige Vereinigung der drei westlichen Zonen (x111/332): >>Einem prosperierenden Westen wird der Osten, der isoliert nicht prosperieren kann, mit der Gesetzmäßigkeit wirtschaftlicher Logik und der Selbstverständlichkeit nationaler Zugehörigkeit zufallen. ...<<

Dänemark: Nach einem Bericht der dänischen Zeitung "Jyllands Posten" vom 19. Juni 1947 versucht ein Vertreter der polnischen Regierung seit Tagen, ostdeutsche Flüchtlinge, die in dänischen Lagern untergebracht sind, zur Rückkehr zu bewegen (x111/332).

20.06.1947

SBZ: Der SMAD-Befehl Nr. 156 verkündet am 20. Juni 1947 (x111/333): >>... Die Jugendämter bei den deutschen Organen für Arbeit und Sozialfürsorge üben immer noch neben den Organen für Volksbildung eine parallele Tätigkeit in der Leitung der Kindereinrichtungen und der Erziehung der Jugendlichen aus.

Ein solcher Zustand ermöglicht nicht, eine richtige und einheitliche Lenkung in der Erziehung der Kinder und Jugendlichen festzulegen. ... (Deshalb wird befohlen,) die Jugendämter bei den Ämtern für Arbeit und Sozialfürsorge in die Volksbildungsämter zu überführen.<<

23.06.1947

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 23. Juni bis zum 20. Juli 1947 täglich nur 1.218 Kalorien zugeteilt.

Polen: Das polnische Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete beschließt am 23. Juni 1947 einen Runderlaß betreffend die Aufhebung und Nichtigklärung von Entscheidungen in Staatsbürgerschaftsfragen (x003/398,400): >>... 8. Bei jeder Strafanzeige gegen Personen, die rechtswidrig die polnische Staatsbürgerschaft erlangt haben, ist mit Rücksicht darauf, daß ihre Flucht ins Ausland befürchtet werden muß, vorläufige Haft zu beantragen und das bewegliche und unbewegliche Vermögen sicherzustellen. ...<<

24.06.1947

Berlin: Ernst Reuter wird am 24. Juni 1947 zum Berliner Oberbürgermeister gewählt.

Der sowjetische Einspruch hindert Reuter jedoch an der Ausübung des Amtes.

Der Berliner "Telegraf" berichtet am 24. Juni 1947 über die Möglichkeiten von Schwarzmarktgeschäften (x111/334): >>Einem hungrigen Freunde wurde ein Pfund Butter für 320 RM angeboten. Er nahm sie auf Kredit, weil er soviel Geld nicht hatte. Er wollte sie morgen bezahlen.

Ein halbes Pfund bekam seine Frau, mit dem Rest gingen wir "kompensieren": In einem Tabakladen gab es für das halbe Pfund 50 Zigaretten. 10 Stück behielten wir für uns. Mit dem Rest gingen wir in eine Kneipe. Wir rauchten eine Zigarette, und das Geschäft war perfekt: Für die 40 Zigaretten erhielten wir eine Flasche Wein und eine Flasche Schnaps. Den Wein brachten wir nach Hause. Mit dem Schnaps fuhren wir auf's Land. Bald fand sich ein Bauer, der uns für den Schnaps zwei Pfund Butter eintauschte.

Am nächsten Morgen brachte mein Freund dem ersten Butterlieferanten sein Pfund zurück, weil es zu teuer war.

Unsere Kompensation hatte eineinhalb Pfund Butter, eine Flasche Wein, zehn Zigaretten und das Vergnügen eines steuerfreien Gewerbes eingebracht. ...<<

25.06.1947

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat erteilt am 25. Juni 1947 "Grundsätze für die Demokratisierung des Unterrichts in Deutschland", Direktive Nr. 54 (x114/2.164): >>1. Die Möglichkeit, sich zu bilden, muß für alle in gleicher Weise sichergestellt werden. ...

4. Schulen mit Pflichtunterricht müssen ein zusammenhängendes Erziehungssystem bilden. Die Begriffe "Grundschule" und "Oberschule" müssen zwei aufeinanderfolgende Unterrichtsstufen und nicht zwei Unterrichtssysteme oder Unterrichtsarten bedeuten, die sich überschnei-

den.

... 5. Alle Schulen müssen es sich besonders angelegen sein lassen, den Sinn für staatsbürgerliche Verantwortlichkeit zu entwickeln und das Schwergewicht auf die demokratische Weltanschauung legen, und zwar durch die Auswahl der Schulbücherprogramme und des Unterrichtsmaterials sowie durch die Schulorganisation selbst.

6. Die Schulprogramme müssen sich zum Ziele setzen, Achtung und Verständnis gegenüber anderen Nationen zu entwickeln. Zu diesem Zweck ist dem Studium der lebenden Sprachen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, ohne einer von ihnen den Vorrang zu geben. ...<<

WBZ: Der Frankfurter Oberbürgermeister erklärt am 25. Juni 1947 anlässlich der ersten Sitzung des Zweizonen-Wirtschaftsrates in der Frankfurter Universität (x111/335-336): >>...

Wenn ich Sie in dieser Stunde als Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt im Namen von Magistrat und Bürgerschaft herzlich willkommen heiße, so fällt es mir leicht, eine Fülle geistiger Beziehungen herzustellen zwischen Ihrer künftigen Arbeit und unserer Stadt, die nunmehr die Ehre haben wird, für solche Arbeit den Rahmen abzugeben.

Sie sind die frei und demokratisch gewählten Vertreter deutscher Länder. Die Parlamente dieser Länder haben Sie hierher entsandt und Ihnen den Auftrag erteilt, in ihrem Namen hier zu handeln und zu verhandeln. Und man hat Ihrer Institution ein großes wirtschaftliches Ziel gesteckt.

Es soll von nun an die Aufgabe des deutschen Zweizonen-Wirtschaftsrates sein, die ökonomischen und rechtlichen Grundlagen für das gesamte Wirtschafts- und Gesellschaftsleben der beiden Zonen zu legen.

Demokratische Volksvertretung aber und Organisierung wirtschaftlicher Verhältnisse durch gemeinsame Beratung – das sind zwei Prinzipien, die in der Frankfurter Tradition von jeher achtungsvolle Geltung besaßen.

Frankfurt, die alte Reichs- und Krönungsstadt, galt einst nicht mit Unrecht als ein reiches Gemeinwesen, dessen Bürger im wirtschaftlichen Leben Europas, weit über die deutschen Grenzen hinaus, den Ruf ihrer Stadt fest begründet hatten. Und Frankfurt war, nicht zum wenigsten dank dieser wirtschaftlichen Ursachen, auch eine Stadt, die demokratische Tradition hochzuhalten mußte.

Seien Sie daher im Namen dieser demokratisch-parlamentarischen Überlieferung und als Träger so großer Aufgaben der wirtschaftlichen Organisation in Frankfurt willkommen!<<

26.06.1947

Großbritannien: Der "Telegraf" berichtet am 26. Juni 1947 über eine "Sensation im polnischen Parlament" (x043/296): >>Der ehemalige stellvertretende Oberbefehlshaber des polnischen Korps in Schottland, General G. Paszkiewicz, beschuldigte laut Radio Warschau ... General Anders, daß er ihm Befehle zur Liquidierung des Premierministers der polnischen Exilregierung in London, W. Sikorski, gegeben habe. ...

Nachdem Sikorski bei einem Flugzeugunglück ums Leben gekommen war, seien alle seine Anhänger aus den polnischen Verbänden im Ausland entfernt worden. ...<<

27.06.1947

SBZ: Durch SMAD-Befehl vom 27. Juni 1947 wird die "Deutsche Wirtschafts-Kommission" (DWK) gebildet, die Aufgaben einer Zentralregierung wahrnimmt.

Der DWK gehören auch die zentralen deutschen Verwaltungen für Inneres (Polizei), Justiz, Volksbildung und Gesundheitswesen an, obwohl sie zunächst selbständig bleiben. Die DWK gründet z.B. auch den "Ausschuß zum Schutz des Volkseigentums" (Leitung: Erich Mielke - Vorläufer des Staatssicherheitsdienstes).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Deutsche Wirtschaftskommission" (x009/104): >>DWK: ... Durch Befehl der SMAD Nr. 138 am 27.6.1947 konstituierte zentrale deutsche Verwaltungsinstanz für Industrie, Finanzen, Verkehr, Handel

und Versorgung, Arbeit und Sozialfürsorge, Land- und Forstwirtschaft, Brennstoffindustrie und Energie, Interzonen- und Außenhandel und Statistik.

Außerhalb der DWK wurden selbständige Zentralverwaltungen für Inneres, Justiz, Gesundheitswesen und Volksbildung errichtet. Die Vollmachten der Zentralverwaltungen waren zunächst beschränkt. Ihre Präsidenten bildeten ein Sekretariat; einen Vorsitzenden hatte die DWK zunächst nicht.<<

30.06.1947

SBZ: Um das Image der UdSSR als führende Weltmacht zu festigen und sie als Vorbild beim Aufbau des Sozialismus darzustellen", wird am 30. Juni 1947 die "Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion" - später umbenannt in "Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft" (DSF) - gegründet.

Da ohne diese DSF-Mitgliedschaft kein Studium oder beruflicher Aufstieg möglich ist, werden bis 1982 etwa 6 Millionen DDR-Bürger DSF-Mitglieder (x092/947).

Juni 1947

SBZ: Im ersten Halbjahr 1947 werden folgende Reparationsgüter an die Sowjetunion ausgeliefert (x111/338): >>168 Waggons Schwellen, 28 Waggons Schienen, 10.034 Waggons Industriegut, 921 Waggons Zucker, 255 Waggons Getreide und Mehl, 160 Waggons Fahrzeuge, 609 Waggons Kali, 136 Waggons Benzin, 236 Waggons Maschinen, 42 Waggons Zement und 58 Waggons Textilien.<<

WBZ: Im Geschäftsbericht 1946/47 erklärt die Klöckner-Humboldt-Deutz AG (x111/338): >>... Es traten anfänglich weniger, in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres aber sehr stark neue Handelsgepflogenheiten auf. Immer stärker beeinflusste das Kompensationsgeschäft die Lage.

Die Kompensationsgeschäfte wurden durch folgende Umstände vorangetrieben, und zwar:

1. zur Heranschaffung des erforderlichen Baumaterials zum Wiederaufbau unserer Werke,
 2. zur Beschaffung von Materialien, die wir zur Ingangsetzung der Fabrikation brauchten.
- ...<<

Ein Zeitzeuge berichtet im Juni 1947 über das tragische Ende eines aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten deutschen Wehrmachtssoldaten (x114/2.178-179): >>Friedrich H., 37 Jahre, in einer kleinen Stadt lebend, kam im Sommer 1947 mit einem Gewicht von 91 Pfund aus der russischen Kriegsgefangenschaft.

Er war 1944 für tot erklärt worden, weil sein Kompaniechef ihn als "vermißt, wahrscheinlich gefallen" gemeldet hatte und später eine Reihe von Kameraden bezeugten, daß sie gesehen hätten, wie H. im Nahkampf gefallen sei.

Seit dem 22. August 1941 war er in russischer Kriegsgefangenschaft gewesen. Wie er diese Zeit durchgestanden hat, wird niemals mehr festzustellen sein.

Er kam aber im Juni 1947 wieder.

Am Abend des 19. Juni stand er vor dem Bahnhof des kleinen unzerstörten Städtchens. Unschlüssig, in der abgerissenen, zerlumpte Kleidung des aus Rußland Heimkehrenden. Niemand erkannte ihn, und auch er fand wohl die Menschen fremd.

Später wurde berichtet, er habe lange Zeit auf der Brücke gestanden und das Treiben der Badenden auf dem Fluß betrachtet, den kleinen Booten nachgeschaut, die im abendlichen Schein auf dem Wasser trieben.

Es wurde dämmerig als H. vor seinem einstigen Hause stand.

Wiederum wurde später – aus den Äußerungen der Umwohner - zusammengetragen, wie bemerkt worden sei, daß dieser einstmalige Soldat lange Zeit vor dem still liegenden Hause gestanden habe und auf ein Schild starrte, auf dem gemalt stand: Heinrich H. – Gemischtwarenhandlung.

Der Ablauf war dann etwa folgender: H. betrat sein Haus, mit dem unsicheren Ausdruck des

Fragenden, des Nicht-Begreifenden. Er hat im zweiten Stock geläutet.
Frau H. erzählte, wenn auch verstört, dann später dem Kriminalpolizeiinspektor:
Ich habe gerade Strümpfe gestopft und da hat es geklingelt. Wie ich aufmache, sehe ich einen Soldaten, einen Mann, - wie ich gleich erkannt habe, war der aus russischer Kriegsgefangenschaft entlassen. Er sagte nichts, fragte nichts – schaute mich nur an.
Ich sage "Guten Abend" – er antwortet nicht – ich frage: "Kann ich was für sie tun?"
Da sagt er: "Kennst du mich nicht?" Ich war erschrocken – "Nein", sage ich –
"Ich bin Fritz". –
Ich bin furchtbar erschrocken – mein Herz, ich schlucke – sage: "Wer sind Sie"? –
"Ich bin Fritz – dein Mann" –
Er kam auf mich zu – ganz langsam, mit einem ganz unbewegten Gesicht. Er ging an mir vorbei, in die Küche – schaute sich um. Ich wußte nicht mehr, was ich machen sollte. – Ich fragte, er gab keine Antwort. Er schaute sich um, ging dann durch die Zimmer – immer ohne ein Wort, im Zimmer von den Kindern schaute er auf die Betten – die Kinder waren schwimmen – und dann fragte er: "Sind sie gesund"? –
Ich nickte - wir haben zwei, Herr Kommissar – ich wußte nicht, was ich denken sollte – da fragte er dann: "Warum steht denn auf dem Schild "Heinrich" und nicht "Friedrich" – und da habe ich ihm erzählt, daß er doch (für) tot erklärt sei und daß ich seinen Bruder geheiratet (hätte) und daß er nun das Geschäft führte und ich habe eben erzählt, wie es war und daß wir doch nicht damit gerechnet hätten, daß er wieder käme und was man eben so alles sagt. Sie wissen ja, und ich war aufgeregt und mein Mann – also Heinrich war doch nicht da –.
Fritz nickte und schaute mich immer so an, so wie ein Hund, verstehen Sie, wie ein Tier – es war furchtbar – wie er da so stand, mit den Lumpen und den Holzschuhen – und ich wußte mir nicht zu helfen und holte die Todeserklärung aus dem Schreibtisch und zeigte sie ihm, und ich weinte - aber er war so vollkommen reglos und er nahm, die Finger waren ganz verkrümmt und mager, das Papier und las, und dann sagte er – "Ich bin also tot" und er drehte sich um und ging hinaus.
Ich lief hinter ihm her – "bleib doch" und "es wird sich ja alles klären" – aber er ging fort und ich konnte ihn doch nicht festhalten, ich hatte doch das Essen für meinen Mann, für Heinrich, auf dem Feuer und für die Kinder - sie waren zusammen schwimmen, die Kinder sind ja von Fritz – und ich höre ihn noch, wie er aus dem Haus geht – ... "es ist furchtbar – ich kann doch nichts dafür – bestimmt nicht – so ein armer Mensch" –
Der Kriminalkommissar sagte dann nur noch, daß sie ihn eben tot gefunden hätten, ohne gewaltsame Zeichen, am Morgen im Fluß, unter einem Busch – "es hat halt nur noch bis hierher gereicht, dann hat das Herz eben nicht mehr gekonnt, nicht mehr gewollt". ...<<

01.07.1947

WBZ: In der nordamerikanischen Zone werden am 1. Juli 1947 wieder Geschäfts- und Urlaubsreisen für Ausländer durchgeführt.

03.07.1947

WBZ: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 3. Juli 1947 über die gescheiterte Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz (x111/342): >>Wir stehen vor der Gefahr der Bildung eines Klein-Europa und eines östlichen Staatenverbandes, dessen Grenzlinie mitten durch Deutschland liefe.

Diese Entwicklung ist von der Notwendigkeit diktiert, mit dem wirtschaftlichen Aufbau Europas und Deutschlands nicht länger zu warten ... Die westlichen Alliierten werden jetzt getrennt von Rußland marschieren. ...<<

Die französische Besatzungsmacht erklärt sich am 3. Juli 1947 bereit, 150.000 deutsche Flüchtlinge, die sich noch in Dänemark aufhalten, zu übernehmen (x111/342).

04.07.1947

SBZ: Der SED-Politiker Ernst Thape (1892-1985, Volksbildungsminister in Sachsen-Anhalt) schreibt am 4. Juli 1947 über eine Reise nach Süd- und Südwestdeutschland (x111/342): >>Ich hatte auf dieser Reise ... den Eindruck, daß sich das Wort "Deutschland" immer leiser anhört, je weiter man nach Südwesten kommt. In der französischen Zone ... vernahm ich es überhaupt nicht mehr! ...<<

05.07.1947

WBZ: Der Politiker Theodor Heuss (1884-1963) erklärt am 5. Juli 1947 auf einer öffentlichen Großkundgebung (x111/342): >>Wir können uns nicht in eine Ost- oder Westoption hinein-drängen lassen, für uns gibt es nur eine Option, für Deutschland. ...<<

08.07.1947

WBZ: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet am 8. Juli 1947 über "Bücher als Devisen-Bringer" (x111/343): >>Jedes 34. Buch, das 1933 die Deutschen Verlage verließ, wurde exportiert. 32,3 Millionen RM Devisen flossen dafür der Deutschen Wirtschaft zu. ...

Die Nachfrage des Auslandes erstreckte sich in der Reihenfolge ihres Umfanges auf wissenschaftliche Literatur, Kunst, Musikalien, international interessierende Belletristik und einzelne Standardwerke der Weltliteratur.

Hauptabsatzgebiete waren, nach ihrer Bedeutung geordnet, die Schweiz, Österreich, die Tschechoslowakei, die USA, die Niederlande, Frankreich, Großbritannien, Italien und Polen.

Bedarfsverschiebungen mögen in der Zeit unseres Abschlusses vom Welthandel eingetreten sein; in der Hauptsache dürfte die Nachfrage des Auslandes besonders nach wissenschaftlichen Werken heute in gleichem Umfange wie früher gegeben sein.<<

09.07.1947

WBZ: Die US-Besatzungsbehörden werden am 9. Juli 1947 angewiesen, den deutschen Vertriebenen zu helfen (x020/85): >>... Sie werden Sorge dafür tragen, daß Personen deutscher Abstammung, die nach Deutschland umgesiedelt werden, die deutsche Staatsbürgerschaft mit allen bürgerlichen und politischen Rechten gewährt wird. ... Sie werden geeignet erscheinende Maßnahmen ergreifen, um die deutschen Behörden bei der Durchführung eines Programms zur Wiederansiedlung zu unterstützen.<<

10.07.1947

Berlin: Der sowjetische Stadtkommandant Generalmajor Kotikow lehnt am 10. Juli 1947 Ernst Reuter als Oberbürgermeister der Stadt Berlin ab, da Reuter antisowjetisch eingestellt sei (x111/343).

11.07.1947

Berlin: Der sowjetische Stadtkommandant Generalmajor Kotikow erklärt am 11. Juli 1947 vor der Berliner Presse (x111/344): >>Herr Reuter wird nicht Oberbürgermeister von Berlin werden.

Dieses Amt wird nur jemand bekleiden, der geeignet ist, mit allen vier Besetzungselementen zusammenzuarbeiten, eine demokratische Leitung der Stadtverwaltung zu sichern und für die dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung Sorge zu tragen. Auf Herrn Reuter trifft dies nicht zu.

Erstens hat er sich während seiner Anwesenheit in Berlin durch antisowjetische Verleumdungen einen traurigen Ruf erworben, zweitens hat er eine zweifelhafte politische Vergangenheit. ... Drittens hat Reuter durchaus nicht die Fähigkeit bewiesen, unter den heutigen Bedingungen zu arbeiten.<<

12.07.1947

SBZ: Der deutsche Pädagoge und Philosoph Theodor Litt (1880-1962) schreibt am 12. Juli 1947 nach dem Scheitern der "Moskauer Außenministerkonferenz" (x111/345): >>Es wird mir immer mehr zur Gewißheit: wir kämpfen einen aussichtslosen Kampf; unserem Volk ist

nicht mehr zu helfen!

Jeden Tag verhärten sich die Dogmatismen mehr; wie ineinandergreifende Zahnräder treiben sie sich gegenseitig vorwärts. Man redet von nationaler Einheit und tut alles, sie zu zerstören. ...<<

14.07.1947

WBZ: In Nürnberg streiken am 14. Juli 1947 wieder viele entkräftete Arbeiter. Sie protestieren gegen die völlig unzureichenden "Hungerrationen".

15.07.1947

WBZ: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) telegraphiert am 15. Juli 1947 nach Washington (x111/345): >>... Deutschland ist bankrott.<<

17.07.1947

Belgien: Die Interalliierte Reparationsagentur veröffentlicht am 17. Juli 1947 die verteilten deutschen Reparationsleistungen für den Zeitraum von Februar 1946 bis Ende Juni 1947 (x111/346): >>262 Handelsschiffe (760.995 BRT) und Industrieausrüstungen im Werte von 138,28 Millionen RM (Wert 1938). Zu den abgebauten Industriebetrieben gehören u.a. 31 Metallbetriebe, 3 chemische Werke und 2 Kraftwerke.<<

USA: Am 17. Juli 1947 ersetzt die US-Regierung die berüchtigte "Direktive JCS 1067" durch die "Direktive JCS 1779" und beauftragt US-Militärgouverneur Lucius D. Clay (1897-1978), den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu unterstützen (x114/2.192): >>... Die amerikanische Regierung will, daß in Deutschland die politische Organisation und das politische Leben so schnell wie möglich eine Form annehmen sollen, die – auf der wesentlichen Grundlage wirtschaftlichen Wohlergehens – zu einer inneren Ruhe in Deutschland führen und zu dem Geist des Friedens zwischen den Nationen beitragen wird.

Ihre Aufgabe besteht daher im wesentlichen darin, daß sie helfen, die wirtschaftliche und erzieherische Grundlage für eine gesunde deutsche Demokratie zu legen, daß sie die aufrichtigen Bemühungen um eine Demokratie fördern und Bestrebungen, die die echte demokratische Entwicklung gefährden, unterbinden.<<

18.07.1947

WBZ: Der deutsche Schriftsteller Alfred Kerr (1867-1947, eigentlich A. Kempner) berichtet am 18. Juli 1947 in der "Neuen Zeitung" über seine Reise durch Deutschland (x111/347): >>Bin heut' seit 14 Jahren zuerst wieder in dem Land meiner Liebe, meiner Qual, meiner Jugend. Und meiner Sprache ...

Ich werde nicht wehleidig, aber wie kommt man sich vor, nach allem Vergangenen? Nicht wie ein nachtragender Feind, wahrhaftig nicht, sondern wie ein erschütterter Gefährte. ...

(Über Nürnberg urteilt er:) Nur von dem schönen Traum wird zu sprechen sein. Und von einer Schutthalde. Das war gemütlich-bürgerlich; und ist ein Grauen. ... In den "Meistersingern von Nürnberg" klang es behaglich, friedvoll: "Wie duftet doch der Flieder". ... Es hat sich ausgeduftet. ...

(Über Frankfurt schreibt er:) ... Es wird am frühesten empfangsfähig sein. Es wird am frühesten eine gesellschaftliche Zukunft haben. Somit eine politische.<<

Ungarn: Die ungarische Regierung kündigt am 18. Juli 1947 die Ausweisung von weiteren 200.000 Deutschen an, um Platz für die Ungarn zu schaffen, die aus der CSR "zurückkehren" (x039/230).

19.07.1947

WBZ: Die britisch-sowjetische "Operation Schwalbe" (Umsiedlung von Ostdeutschen in die britische Zone) wird am 19. Juli 1947 beendet und die Zonengrenze für weitere Übersiedler gesperrt.